

Antrag

der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Dr. Michael Fuchs, Kai Wegner, Peter Altmaier, Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, Erich G. Fritz, Dr. Matthias Heider, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Dieter Jasper, Andreas Jung (Konstanz), Andreas G. Lämmel, Ulrich Lange, Stephan Mayer (Altötting), Dr. h. c. Hans Michelbach, Dr. Mathias Middelberg, Stefan Müller (Erlangen), Dr. Georg Nüßlein, Franz Obermeier, Rita Pawelski, Ulrich Petzold, Eckhardt Rehberg, Dr. Heinz Riesenhuber, Albert Rupprecht (Weiden), Anita Schäfer (Saalstadt), Nadine Schön (St. Wendel), Christian Freiherr von Stetten, Lena Strothmann, Antje Tillmann, Andrea Astrid Voßhoff, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Martin Lindner (Berlin), Claudia Bögel, Klaus Breil, Paul K. Friedhoff, Joachim Günther (Plauen), Christian Lindner, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Marktwirtschaftliche Industriepolitik für Deutschland – Integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Industrie ist eine der tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft. Traditionell liegt in der Produktion hochwertiger Güter und Anlagen eine besondere Stärke unseres Landes. Auch im Zeitalter der Globalisierung und der damit einhergehenden zunehmenden weltweiten Standortkonkurrenz hat sich Deutschland eine starke industrielle Basis sichern können. Weit mehr als in vergleichbaren entwickelten Industrieländern beruhen hier Wohlstand und Beschäftigung auf der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes. Dessen Anteil an der Gesamtleistung der Wirtschaft liegt nach aktuellen Zahlen der OECD in Deutschland bei etwa 20 Prozent, in den USA, Großbritannien und Frankreich bei 10 bis 12 Prozent sowie in Japan bei immerhin gut 18 Prozent.

Einen entscheidenden Beitrag hierzu leistet der außerordentliche Erfolg der deutschen Industrie auf den Weltmärkten. Nahezu jedes zweite Erzeugnis der deutschen Industrie wird inzwischen exportiert. Im Jahr 2010 nahm Deutschland unter den Exportnationen weltweit nach dem wesentlich bevölkerungsreicheren China und fast gleichauf mit den USA den dritten Rang ein. In 2011 sind die deutschen Exporte wieder schneller gewachsen als der Welthandel, so dass sich ihr Weltmarktanteil auf voraussichtlich rund 8,5 Prozent erhöht hat.

Die deutsche Industrie ist in hohem Maße innovativ und investiert stark in Forschung und Entwicklung (FuE). Von den sich in 2010 auf 47 Mrd. Euro belaufenden Forschungsinvestitionen der deutschen Wirtschaft entfielen allein gut

40 Mrd. Euro auf das Verarbeitende Gewerbe. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegen die FuE-Aufwendungen der Wirtschaft in Deutschland bei fast 2 Prozent und damit um mehr als die Hälfte höher als im Durchschnitt der Europäischen Union (1,23 Prozent). Einen wichtigen Beitrag hierzu leisten die Beschäftigten selbst. Gut ausgebildet und engagiert sorgen sie für die hohe Qualität der hergestellten Produkte.

Auch zu der sehr positiven Beschäftigungsentwicklung in Deutschland in 2011 hat die Industrie in erheblichem Umfang beigetragen. So waren im vergangenen Jahr im Verarbeitenden Gewerbe 131 000 Personen mehr erwerbstätig als 2010. Hinzu kommt die starke Zunahme der Erwerbstätigenzahl bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, an der die Industrie angesichts der zunehmenden Verflechtung von Industrie und Dienstleistungssektor einen nicht unerheblichen Anteil hat. Auch 2012 wird die Industrie aller Voraussicht nach einen wichtigen Beitrag zu einer weiter positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt leisten. So rechnet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e. V. mit rund 60 000 zusätzlichen Beschäftigten in der Industrie.

Die deutsche Industrie ist Motor für eine nachhaltige Entwicklung. Ihren Beitrag zur Erreichung der im Kyoto-Protokoll festgelegten Klimaschutzziele hat sie bereits erfüllt. Die Bundesregierung hat sich im Energiekonzept entsprechend ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt. Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse entwickelt die Industrie ihre Produktionsprozesse im Hinblick auf einen effizienten Energie- und Ressourcenverbrauch kontinuierlich fort. Zugleich hat die deutsche Industrie maßgeblichen Anteil an Entwicklung, Produktion und Export potenzieller Klima- und Umweltschutzgüter. Deutsche Direktinvestitionen schaffen weltweit auch in Entwicklungs- und Schwellenländern Arbeitsplätze und tragen zu Wachstum und Wohlstand bei.

Gerade in der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass die Industrie Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft ist. Hier findet jene Wertschöpfung statt, die die Grundlage für unseren Wohlstand bildet. Durch ein kluges Zusammenspiel von Wirtschaft, Tarifvertragsparteien und Politik ist es in der Krise gelungen, die Beschäftigungsverluste zu begrenzen und zugleich die Fachkräftebasis zu sichern.

II. Der Deutsche Bundestag bekräftigt vor diesem Hintergrund

- seine industriepolitische Überzeugung, wonach eine an ordnungspolitischen Prinzipien ausgerichtete Industriepolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard am besten geeignet ist, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen in Deutschland dauerhaft zu stärken. Die wichtigsten industriepolitischen Handlungsfelder sind die Sicherung erstklassiger Qualifikationen und Fähigkeiten, moderne Technologien und Innovation, kosteneffizienter und effektiver Umwelt- und Klimaschutz, die Sicherung von Rohstoff- und Energieversorgung, die effiziente Nutzung von Ressourcen sowie die Stärkung offener und effizienter Märkte;
- seine Überzeugung, dass die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf der bewährten Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft und Politik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft basiert, wonach es Aufgabe der Politik ist, für alle Akteure verlässliche und zukunftsfähige Rahmenbedingungen zu setzen;
- seine Auffassung, dass es primär Aufgabe und Kompetenz der Unternehmen ist, ihre Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und dass die Industriepolitik unternehmerische Entscheidungen nicht vorzeichnet, sondern sich auf die Schaffung eines der Entfaltung unternehmerischer Freiheit und Kreativität förderlichen Ordnungsrahmens konzentriert;

- seine Ansicht, dass der Schlüssel zum Erhalt des für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze unverzichtbaren industriellen Kerns unserer Volkswirtschaft in der Anpassungsfähigkeit unserer Unternehmen, einschließlich der Industrieunternehmen, liegt;
- sein Bekenntnis zu Deutschland als einem international wettbewerbsfähigen Industrieland und zu dem Anliegen, die politischen Rahmenbedingungen zuverlässig und zukunftsfähig auszugestalten mit dem Ziel, die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen in der Industrie in ihrer ganzen Bandbreite und über alle Stufen der Wertschöpfungsketten, einschließlich der energieintensiven Grundstoffindustrien, zu fördern und nicht zu überfordern;
- seine Auffassung, dass auch arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte Arbeitsverhältnisse, Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie zu den Erfolgsfaktoren der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere der deutschen Industrie gehören;
- die Orientierung am Prinzip der Nachhaltigkeit in seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension, um bestehende Chancen für kommende Generationen zu sichern und neue zu schaffen;
- die Bedeutung der im Energiekonzept vereinbarten Klimaschutzziele: Insbesondere sollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent jeweils gegenüber 1990 reduziert werden;
- seine Forderung, dass beim eingeleiteten Umbau der Energieversorgung die Aspekte Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit sowie die Belange der im internationalen Wettbewerb stehenden Industrieunternehmen angemessen berücksichtigt werden;
- seine Überzeugung, dass eine moderne, verlässliche und gut ausgebaute Infrastruktur eine notwendige Voraussetzung für einen auch in Zukunft international wettbewerbsfähigen Industriestandort Deutschland darstellt;
- die Bedeutung von Forschung und Innovation als zentrale Triebfedern der technologischen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb, dass die Bundesregierung

Qualifikation und Fähigkeiten

- in Anbetracht des demographischen Wandels Bildung und Qualifikation ganz oben auf die Agenda gesetzt hat;
- im Rahmen ihres Fachkräftekonzeptes und der Fachkräfteoffensive bereits wichtige Schritte unternommen hat, um verstärkt die inländischen Fachkräftepotenziale zu nutzen und ausländische Fachkräfte zu gewinnen, wovon insbesondere die deutschen Industrieunternehmen profitieren werden;
- mit dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen dafür gesorgt hat, dass die im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund besser als bisher bewertet werden können. Damit leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag dazu, das Fachkräftepotenzial der Menschen mit Migrationshintergrund für die deutsche Wirtschaft zu erschließen und die Migranten noch besser in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren;
- mit dem Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union die Zuwanderung von hochqualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten spürbar erleichtert;

Technologien und Innovation

- neue Technologien, inklusive der Hoch- und Spitzentechnologien, sowie unternehmerische Innovationen fördert, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu stärken;
- trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung 12 Mrd. Euro zusätzlich in dieser Legislaturperiode für Forschung, Entwicklung und Bildung bereitstellt. Denn Deutschland kann nur eines der führenden Innovations- und Hochtechnologieländer bleiben, wenn kontinuierlich in Bildung und Forschung investiert wird;
- Forschung und Innovation im Rahmen der Hightech-Strategie 2020 in einer kohärenten Gesamtstrategie befördert und dabei die Themen Energie/Klima, Gesundheit, Kommunikation, Sicherheit, Mobilität sowie Schnittstellen und Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Mittelpunkt stellt;
- weitere Mittel für den Startfonds aus dem European Recovery Program (ERP) und die neue High-Tech Gründerfonds Management GmbH zur Verfügung gestellt hat. Die beiden Fonds leisten einen wichtigen Beitrag dazu, Beteiligungskapital für junge innovative Unternehmen zu mobilisieren;
- verstärkt Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand bereitgestellt hat. Damit können pro Jahr ca. 5 000 Forschungs- und Innovationsprojekte in kleinen und mittleren Unternehmen meist in Kooperation mit Forschungseinrichtungen finanziert werden;
- mit der auf den drei Säulen Wettbewerb, Regulierung und Kooperation ruhenden Breitbandstrategie entscheidende Anstöße für die Entwicklung von flächendeckenden Hochleistungsnetzen gegeben hat. Von einem Technologiemix und wettbewerblichen Strukturen geprägt werden diese Netze den Wissenstransfer und den wissenschaftlichen Austausch weiter erleichtern und damit die Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation in der Industrie weiter verbessern;

kosteneffizienter und effektiver Umwelt- und Klimaschutz

- Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht hat, um eine industrieverträgliche Umstrukturierung zu umweltbewusstem Wirtschaften zu ermöglichen;
- die Chancen für Ansätze dazu ergreift, über den Umwelt- und Klimaschutz zur Entwicklung neuer Produkte und Technologien zu kommen;
- sich international für ein bindendes Klimaschutzabkommen einsetzt, bei dem sich alle Industrieländer zu vergleichbaren Minderungszielen verpflichten und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer angemessene Minderungsbeiträge zusagen;
- dazu beiträgt, die Energieeffizienz der Industrie zu verbessern, und einen Energieeffizienzfonds aufgelegt hat;
- den industriellen Mittelstand durch die Ausweitung der Exportinitiative Energieeffizienz verstärkt dabei unterstützt, neue Absatzmärkte zu erschließen;
- mit der Einrichtung einer Nationalen Plattform für Elektromobilität und der Verabschiedung des „Regierungsprogramms Elektromobilität“ die Elektromobilität in Deutschland nachhaltig voranbringt;

Sicherung Rohstoff- und Energieversorgung

- die deutsche Industrie bei der Rohstoffsicherung durch die Verbesserung der institutionellen und politischen Rahmenbedingungen maßgeblich unterstützt, indem sie sich insbesondere für die Stärkung offener und effizienter Märkte einsetzt und die Umsetzung der Rohstoffstrategie weiter vorantreibt;

- in Kooperation mit der Industrie eine neue, die serviceorientierte Deutsche Rohstoffagentur (DERA) bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) aufgebaut hat;
- mit der Erarbeitung eines Deutschen Ressourceneffizienzprogramms dazu beiträgt, die Beeinträchtigung der Umweltmedien durch Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zu minimieren und die Ressourcennutzung in Deutschland weiter zu optimieren;
- durch ihre Energiepolitik auf einen breiten und effizienten Energiemix für ein sicheres und preisgünstiges Angebot zielt;
- mit dem Umbau der Energieversorgung auch neue technologische und ökonomische Chancen für die deutsche Wirtschaft eröffnet hat;
- mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Stromübertragungsnetze verkürzt. Bisher beträgt die Planungs- und Bauzeit im Bereich der Netze etwa zehn Jahre. Ziel ist es, diesen Zeitraum auf vier Jahre zu senken;
- mit der Änderung der Anreizregulierungsverordnung den Investitionsrahmen für den Ausbau der Stromnetze verbessern wird;
- im Rahmen der „Förderinitiative Energiespeicher“ mehr Mittel bereitstellt;
- mit dem Kreditprogramm „Offshore Windenergie“ der KfW Bankengruppe bis zu zehn Offshore-Windparks mit einem Volumen von 5 Mrd. Euro unterstützt;
- mit dem neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) künftig auch für Unternehmen des energieintensiven industriellen Mittelstands Erleichterungen bei der EEG-Umlage vorsieht;
- mit dem neuen Energieforschungsprogramm in den kommenden Jahren die Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung moderner Energietechnologien um rund 75 Prozent aufstockt;

offene und effiziente Märkte

- sich für die weitere Liberalisierung des Welthandels stark macht, zum einen durch ihren Einsatz für den zügigen Abschluss der Doha-Runde und zum anderen ergänzend durch das Voranbringen von regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen, und damit auch die Chancen der Schwellen- und Entwicklungsländer auf Wachstum und Wohlstand erhöht;
- den Zugang der Wirtschaft zu den Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen) weiter erleichtert hat, unter anderem durch eine auf wenige Tage verkürzte Antragsprüfung bei Exportkreditgarantien für kleinere Kredite;
- durch die Einführung eines elektronischen Kommunikationsportals beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Genehmigungsverfahren in der Exportkontrolle deutlich vereinfacht und beschleunigt hat.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bei der Industriepolitik weiter konsequent auf den „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ zu setzen. Die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung von Konsum- und Investitionsgütern sollten ebenso wie die Entwicklung neuer Produktionstechnologien in der sozialen Marktwirtschaft dem Wettbewerb auf den Märkten überlassen werden;

2. klare, verlässliche und zukunftsfähige Rahmenbedingungen für industrielle Innovation und Produktion zu setzen; direkte staatliche Eingriffe zu beschränken (sie sind vor allem bei nachweislich auftretendem Marktversagen gerechtfertigt) und nicht auf Ausgabenprogramme für einzelne Branchen zu setzen. Ziel muss dabei stets sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der am Standort Deutschland tätigen Unternehmen nachhaltig zu stärken, so etwa die maritime Wirtschaft oder die Luft- und Raumfahrtindustrie (Level-Playing-Field);

Qualifikation und Fähigkeiten

3. die Spitzenposition der deutschen Industrie im globalen Wettbewerb zu bewahren, indem sie dafür Sorge trägt, dass auch in Zukunft hochqualifizierte Fachkräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen;
4. sich weiter dafür einzusetzen, dass mehr Frauen für mathematisch-technische Berufe (MINT-Berufe) gewonnen und Jugendliche dazu motiviert werden, einen Studiengang in diesem Bereich aufzunehmen;
5. eine Initiative auf den Weg zu bringen, die dazu beiträgt, Studienabbrecher durch eine berufsbefähigende Qualifizierung verstärkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihr Potenzial zur Deckung des Fachkräftebedarfs, insbesondere im MINT-Bereich, noch besser zu nutzen;
6. sich dafür einzusetzen, die berufliche Bildung und die Hochschulbildung besser zu verzahnen und dadurch die Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems weiter zu erhöhen;
7. bei der Überarbeitung der EU-Regeln zur Berufsankennung weiter dafür einzutreten, dass das Anerkennungsverfahren einfacher, transparenter und nutzerfreundlicher gestaltet wird und die vorgesehenen Berufsausweise für die Bürger freiwillig bleiben;

Technologien und Innovation, Investition

8. die Hightech-Strategie 2020 mit den Schwerpunkten Klima/Energie, Gesundheit, Sicherheit, Kommunikation und Mobilität im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die Bündelung von Kräften in Wissenschaft und Wirtschaft in Zukunftsprojekten ist ein wichtiges Element der Strategie;
9. für den Erhalt der starken und breit gefächerten industriellen Basis in Deutschland zu sorgen und mitzuhelfen, die Technologie- und Systemführerschaft der heimischen Wirtschaft zu stärken und auszubauen;
10. Forschung und Innovation, die wesentliche Schlüssel für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sind, auch künftig Priorität bei der Budgetplanung einzuräumen;
11. die steuerliche Förderung von FuE noch in dieser Legislaturperiode zu beginnen, sobald sich dafür unter Berücksichtigung des gebotenen Konsolidierungskurses Spielräume ergeben, um die Attraktivität des Innovationsstandortes Deutschland zu steigern;
12. unter Berücksichtigung des gebotenen Konsolidierungskurses die richtigen Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen vor allem im Hightech-Bereich zu setzen. Dazu zählen auch Verbesserungen am Wagniskapitalmarkt und für den Business Angels Netzwerk Deutschland e. V.;
13. verstärkt dazu überzugehen, mit der industriellen Gemeinschaftsforschung branchenübergreifende und internationale Projekte zu fördern und das Programm vollständig auf ein wettbewerbliches Antragsverfahren umzustellen;

14. weitere Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu ergreifen, um dem im Laufe der letzten Jahrzehnte entstandenen Substanzverlust in der Verkehrsinfrastruktur zu begegnen. Dabei sollte auch geprüft werden, wie verstärkt privates Kapital mobilisiert werden kann;

kosteneffizienter und effektiver Umwelt- und Klimaschutz

15. den bei der VN-Konferenz in Durban beschlossenen Weg zu einem globalen Klimaschutzabkommen entschlossen fortzusetzen mit dem Ziel einer fairen internationalen Lastenverteilung und der Vermeidung einseitiger Belastungen der hierzulande tätigen Industrieunternehmen;
16. sicherzustellen, dass notwendige ökologische Maßnahmen wirtschafts- und sozialverträglich ausgestaltet werden. Dazu sind klare, verlässliche und angemessene Zielvorgaben für die Industrieunternehmen notwendig. Ferner sind marktkonforme Rahmenbedingungen zu setzen, die der Rolle des Umwelt- und Klimaschutzes als Innovationsmotor Rechnung tragen;
17. bei der Überprüfung der europäischen Chemikalienverordnung REACH darauf zu achten, dass der Abbau von Überschneidungen mit anderen Rechtsakten und mehr Praxisnähe bei der Anwendung der bestehenden Vorschriften im Fokus des Reviews stehen. Zu diesem Zeitpunkt ist eine grundlegende Überarbeitung der Verordnung nicht angezeigt, da dafür noch nicht ausreichend Erfahrungen gesammelt wurden. Insbesondere der Anwendungsbereich von REACH sollte unverändert beibehalten werden;
18. bei der Umsetzung der europäischen Industrieemissionsrichtlinie auf unbürokratische und praxisnahe Regelungen zu setzen, keine national einseitigen Verschärfungen vorzunehmen und die europäischen Vorgaben im Verhältnis 1:1 in nationales Recht zu übernehmen;
19. die Elektromobilität in Deutschland im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiter zu unterstützen. Mit dem Aufbau von regionalen Schaufenstern und der Entwicklung von Leuchtturmprojekten sollten Synergieeffekte ausgenutzt werden;
20. Vorkehrungen zur Vermeidung eines sog. Carbon Leakage aus Deutschland zu treffen. Mit dieser Problematik beschäftigt sich auch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität.“ Neben dem Verlust von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen für Deutschland bedeutet die Verlagerung von Produktion auch ökologische Nachteile. Aufgrund der hohen Umweltstandards wird in Deutschland mit zu den umweltfreundlichsten Bedingungen produziert. Für die globale Klimabilanz bedeutet diese Verlagerungen daher eine Verschlechterung. Dies zeigt, wie wichtig es ist, die globale Dimension unseres Handelns zu beachten. Mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industrielands Deutschlands ist es notwendig, sich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die Kompensation emissionshandelsbedingter Strompreiserhöhungen einzusetzen;

Sicherung Rohstoff- und Energieversorgung

21. in den Handlungsfeldern Rohstoffe und Energie auf kohärente Langfriststrategien zu achten, um Reibungsverluste zwischen verschiedenen Politikzielen zu vermeiden und der Wirtschaft klare Orientierungen zu geben;
22. sich beharrlich dafür einzusetzen, Marktverzerrungen auf den Rohstoffmärkten abzubauen und daneben die Rohstoffversorgung z. B. durch neue Rohstoffpartnerschaften abzusichern;

23. sich dafür einzusetzen, die Ressourceneffizienz in Deutschland weiter zu steigern, wie im deutschen Ressourceneffizienzprogramm vorgesehen, sowie mit marktkonformen Mitteln auf eine weitere Steigerung der Energieeffizienz hinzuwirken;
24. dafür zu sorgen, dass die Energiewende ohne Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie umgesetzt wird. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Produktion in Deutschland ist auch in Zukunft durch eine preisgünstige und sichere Energie- und Stromversorgung zu flankieren. Bestehende Kostensenkungspotenziale sind auszuschöpfen, so dass die Größenordnung der EEG-Umlage von 3,5 ct/kWh nicht überschritten wird und die Umlage langfristig Senkungspotenziale hat. Für die Förderung der erneuerbaren Energien müssen schrittweise marktfähige Lösungen erarbeitet werden, damit die Marktteilnehmer nach und nach in den Wettbewerb entlassen werden können;
25. mit Blick auf leistungsfähige Stromnetze den Dialog mit Netzbetreibern und den Ländern zu suchen, die zum Thema Netze eingerichtete Plattform als permanentes Forum weiterzuentwickeln und ein Konzept für ein „Zielnetz 2050“ zu entwickeln;
26. im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten Anreize für den Bau neuer, hocheffizienter und flexibler Gas- und Kohlekraftwerke, die Deutschland zum Ausgleich der fluktuierenden Einspeisung der erneuerbaren Energien braucht, für Marktteilnehmer mit weniger als 5 Prozent Marktanteil zu setzen und durch geeignete Rahmenbedingungen den Bau zu beschleunigen;
27. sich für eine unbürokratische Nachfolgeregelung des Spitzenausgleichs einzusetzen, der für den Erhalt der energieintensiven Industrien am Standort Deutschland unerlässlich ist;

offene und effiziente Märkte

28. sich im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) intensiv für einen weiteren Abbau von Handelshemmnissen einzusetzen;
29. das breit gefächerte Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung weiter zu optimieren, um die deutsche Industrie bei ihrem Auslandsengagement zu unterstützen und Risiken abzufedern;
30. durch den Abschluss regionaler und bilateraler Freihandelsabkommen sowie durch Umsetzung der EU-Marktzugangsstrategie die Voraussetzungen für deutsche Unternehmen im Auslandsgeschäft weiter zu verbessern;
31. die Zusammenarbeit mit anderen Industrieländern im Bereich der Normung zu verstärken;
32. sich intensiv für den weltweiten Schutz geistigen Eigentums einzusetzen;
33. sich mit Nachdruck dafür einzusetzen und darauf zu achten, dass der Bürokratieabbau auf europäischer Ebene weiter vorangeht und das beschlossene 25-Prozent-Abbauziel konsequent umgesetzt wird. Auch bei neuen EU-Regelungen ist im Wege der Folgenabschätzung darauf zu achten, dass keine unnötigen Belastungen entstehen.

Berlin, den 7. Februar 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion